

Eine Frage, Herr Ministerpräsident?

Ministerpräsident de Maiziere:

Bitte.

Anfrage:

Herr Ministerpräsident! Würden Sie eine Möglichkeit darin sehen, daß die Kommunen, die in der Mehrzahl ja Eigentümer der Handelseinrichtungen sind, der Gebäude, der Geschäfte, daß diese Kommunen jetzt aufgefordert werden durch uns, der HO diese Läden zu kündigen und damit also auch schnell zur Reprivatisierung beizutragen.

Ministerpräsident de Maiziere:

Das dürfte kein Weg sein. Das ist kein gesetzlicher Weg. Die HO hat mit den Kommunen Verträge, und die Verträge sind einzuhalten. Es gelten die Kündigungsvorschriften, die Kündigungsschutzvorschriften des ZGB, und die würden dies nicht ohne weiteres ermöglichen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. - Staatssekretär Kauffold hat das Wort.

Prof. Dr. Kauffold, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat mir aus dem Herzen gesprochen, gestern und heute auch. Es muß tatsächlich die Treuhand her, um vieles zu regulieren. Die Treuhand muß auch her, eine besondere für land- und forstwirtschaftliche Objekte, wie wir sie fordern, damit wir Kapital bekommen, was die landwirtschaftlichen Betriebe für ihre Umstrukturierung, für Neugestaltung dringend brauchen. Aber das ist ja heute nicht das Thema.

Es ist in der Tat einiges in Unordnung. Das sehen wir. Im Lande ist einiges in Unordnung, vielleicht auch im Parlament, vielleicht auch in der Abstimmung zwischen den Ressorts, vielleicht auch in der Arbeit der Ressorts. Auf keinen Fall hat es Zweck, die Verantwortung von einem Ressort zum anderen zu delegieren.

(Beifall)

Natürlich müssen sich die Preise, die weitgehend frei sind, erst stabilisieren. Das Alte ist noch nicht ganz zu Ende, und das Neue greift noch nicht. Wir müssen verstärkte Bemühungen einsetzen, damit das funktioniert. Was haben wir denn jetzt für Instrumente? Wir haben das Instrument der Preisempfehlung. So eine Preisempfehlung sind zum Beispiel die Mindestpreise, die der Minister für Landwirtschaft jetzt angeboten hat, die einvernehmlich mit der Bundesregierung festgelegt worden sind.

Diese Mindestpreise sind für unsere Erzeuger sehr hart, und wir wissen aus vielen Rückinformationen, daß uns die Produzenten sagen: Da dreht sich bei den derzeitigen Futterpreisen überhaupt nichts mehr. Diese Futterpreise müssen sich also stabilisieren. Diese Mindestpreise liegen z. B. bei Milch zwischen 60 und 65 Pfennig. Der Milchhof Berlin bezahlt jetzt 65 Pfennig, um bei diesem Beispiel zu bleiben. Der Mindestpreis für Milch, der ziemlich niedrigste, ist zum Beispiel festgelegt worden, um den Verarbeitungsbetrieben, den Molkereien, die ja im Land ziemlich am Ende sind, auch die Möglichkeit zu geben, sich zu rekonstruieren, damit sie leistungsfähig werden. Denn wenn die Molkereien eingehen, werden die Primärproduzenten auch nichts davon haben.

Wir müssen jetzt natürlich beobachten, ob die Preise, zu denen die Molkereien die Milch an den Handel abgeben, unseren Preisempfehlungen entsprechen können. Der Milchhof Berlin gibt den Liter Milch zur Zeit zu 1,15 DM ab. Damit werden wir uns jetzt auch befassen.

Eine andere Möglichkeit, auf Preise Einfluß zu nehmen, sind Stützungen. Aber diese Stützungen entfallen. Sie werden nur noch indirekt gewährt werden, über die Förderungsmaßnahmen, die im Zusammenhang mit dem heute zu verabschiedenden Fördergesetz den Landwirtschaftsbetrieben gewährt werden.

Eine andere Möglichkeit, die Preise zu beobachten, bietet das Amt für Wettbewerbsschutz. Wir hatten eine eigene Preisberichts- und -beobachtungsstelle im Ministerium für Landwirtschaft. Wir wollten sie jetzt wegrationalisieren, weil die Haushaltsmittel für die Ministerien sehr gekürzt worden sind. Wir werden uns im Zusammenhang mit diesen Turbulenzen, die entstehen, sehr überlegen, ob das machbar ist, und ich würde meinem Minister empfehlen, diese Stelle unbedingt zu halten, damit wir hier sehr schnell zu Empfehlungen kommen.

(Beifall der SPD)

Die andere Möglichkeit, die wir noch haben, ist die Absatzförderung. Da müssen wir jetzt auch zu Methoden greifen, die eigentlich dem zurückliegenden Wirtschaftssystem entsprechen würden. Wir müssen jetzt die Kontakte zu Betrieben, in denen erhebliche Vorräte liegen, herstellen, und wir werden das in unserem Ministerium für das Handelsministerium mit übernehmern zwischen den Verarbeitungsbetrieben und den Kühllhäusern und den Handelseinrichtungen. Wir haben das alles in Erfahrung gebracht. Die Daten habe ich auch hier. Es ist gestern in einer Beratung vom Herrn Ministerpräsidenten - ich weiß nicht, ob ich ihm hier vorgreife -, so entschieden worden, daß diese Vorräte, die da liegen, unter Einsatz von außergewöhnlichen Mitteln an die Einzelhändler herangebracht werden. Das sind aber normalerweise Mechanismen, die der Markt regulieren muß. Bisher sind nach unseren Informationen bei allen Grundsortimenten ausreichend Bestände da, bei den Teigwaren, bei Zucker, bei Fleisch, bei Butter, in großen Mengen auch bei Käse, z. B. auf Rügen sollen nach unseren Informationen 1000 t Weichkäse liegen, die vom Großhandel nicht abgefordert werden.

Es ist hier also vieles nicht in Ordnung, ohne daß ich damit auf das Handelsressort verweisen und Verantwortung umdelegieren will. Wir müssen also, solange die Marktmechanismen noch nicht funktionieren, da selber vermittelnd eingreifen. Und das müssen wir in den nächsten Tagen verstärkt tun. Aber von einem möchte ich bitten, Abstand zu nehmen: Wir sind sehr froh, daß wir dieses Amt für Landwirtschaftliche Marktordnung als eine vergleichbare Struktur zur Bundesrepublik bei uns eingerichtet haben, als ein Instrument der Marktwirtschaft. Dieses Amt für Landwirtschaftliche Marktordnung wird sehr attackiert von den Einzelhändlern. Ich möchte hier darauf verweisen, daß nur 20 % des gesamten Warensortiments, das überhaupt im Einzelhandel an Nahrungs- und Genußmitteln auftaucht, durch dieses Amt für Landwirtschaftliche Marktordnung in Positionen erfaßt ist. Und die letzten 80 % sind liberalisiert. Also dieses Amt ist keine Institution, die dazu beiträgt, leere Einzelhandelsregale aufkommen zu lassen. Aber wir sind auch bereit, die Kontingente weiterhin aufzustooken, damit schnell was in den Handel kommt - das ist aber jetzt nicht die Frage - aber nur um den Betrag, der nicht abgedeckt werden kann durch die Produkte, die in vergleichbarer Qualität bei uns in den Kühllhäusern und in den Verarbeitungsbetrieben liegen. Das kann ich Ihnen zur Zeit zur Beantwortung der Fragen mitteilen.

(Beifall, vor allem bei der SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. - Eine Zusatzfrage. Bitte schön.

Udo Haschke (CDU/DA):

Ich war gestern in der Mittagspause in der Markthalle hier am Alex, und dort wurden mir ganz andere Zahlen genannt. Dort wurde gesagt: Die Weißenseer Molkerei GmbH bietet den Liter Milch für 1,245 bzw. 1,288 an. Und hier liegt doch ganz offensichtlich die Verantwortung tatsächlich, wie vorhin schon beschrieben wurde, in der Zwischenstation Molkerei.

Haben Sie mit mir den Eindruck, daß dort ganz offensichtlich Leute bewußt unser gemeinsames Anliegen sabotieren nämlich a) die Landwirtschaft der DDR zu schützen und b) den Verbraucher der DDR auch weiterhin mit DDR-Waren ordentlich einzudecken?

Die Leiterin dieser Markthalle hat mir gesagt, sie hat immer versucht, jetzt diese DDR-Waren anzubieten. Sie sieht sich jetzt gezwungen, Partner in Westberlin zu suchen.